



SparkassenVerband Baden-Württemberg
Postfach 10 54 63 · 70047 Stuttgart

Gesprächspartner	Michael Oswald Jürgen Schmid Dr. Ingo Stader
Telefon 0711 127-	77877 77901 77853
Telefax 0711 127-	77943
E-Mail	michael.oswald@sv-bw.de juergen.schmid@sv-bw.de ingo.stader@sv-bw.de
Datum	15. Februar 2008

Pressemitteilung

Starkes Wachstum in Deutschland

Massiver Abbau der Arbeitslosigkeit

Aufschwung robust trotz gewachsener Risiken

Rückwärtsgang in der Wirtschaftspolitik gefährdet Wachstum und Arbeitsplätze

Stuttgart, 15. Februar 2008. Auf der Jahrespressekonferenz des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg (SVBW) gab Peter Schneider, MdL, Präsident des SVBW, eine Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Rückblick auf 2007

Das starke Wirtschaftswachstum des vorangegangenen Jahres in Deutschland mit + 2,9 Prozent hat sich 2007 in leicht abgeschwächter Form fortgesetzt. Das **Bruttoinlandsprodukt** wuchs 2007 preisbereinigt um + 2,5 Prozent und übertraf die noch vor Jahresfrist geäußerten Prognosen überraschend deutlich. Damit habe sich, so Präsident Schneider, Deutschland vom Wachstumsschlusslicht endgültig wieder zu einer Wachstumslokomotive in Europa

entwickelt. Baden-Württemberg erzielte mit + 2,7 Prozent (Vorjahr + 3,5 Prozent) wieder ein überdurchschnittliches Wachstum, das zweithöchste aller Flächenstaaten in Deutschland.

Kräftige Wachstumsimpulse für den fortgesetzten Aufschwung in Deutschland kamen sowohl aus dem Inland wie auch aus dem Ausland. Die nach wie vor stark wachsende Weltwirtschaft, insbesondere auch die hohe Nachfrage nach Investitionsgütern aus den schnell wachsenden Ländern wie China und Indien, haben die Umsätze der exportorientierten Industrien beflügelt. Das bescherte dem deutschen **Export** einen Zuwachs von + 8,3 Prozent. Der daraus resultierende preisbereinigte Exportüberschuss trug mit 1,4-Prozentpunkten zum Wachstum bei.

Der Wachstumsbeitrag aus dem Inland kam in erster Linie von den **Bruttoanlageinvestitionen**. Sie wuchsen im zweiten Jahr in Folge kräftig mit real + 4,9 Prozent. Besonders stark zugelegt haben die **Ausrüstungsinvestitionen** (+ 8,4 Prozent). Die **Bauinvestitionen** stiegen dagegen nur um + 2,0 Prozent und wurden vom Nichtwohnungsbau getragen. Die Investitionen im Wohnungsbau stagnierten nach dem Wegfall der Eigenheimzulage (+ 0,3 Prozent) und fielen deutlich geringer aus als im Vorjahr (+ 4,3 Prozent).

Wenig überraschend war die Entwicklung der mit Abstand größten Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts. Der **private Konsum** fiel als Wachstumsträger komplett aus und schrumpfte 2007 um real – 0,3 Prozent. 2006 stand beim privaten Konsum noch ein Plus von + 1,0 Prozent. Die gestiegene Beschäftigung und das damit einhergehend gesamtwirtschaftlich höhere Einkommen konnten die Bremswirkungen der zu Beginn des Jahres 2007 in Kraft getretenen Mehrwertsteuererhöhung um + 3-Prozentpunkte nicht ausgleichen. Die Zurückhaltung bei den privaten Konsumausgaben zeigte sich auch in einem Anstieg der **Sparquote** von 10,5 auf 10,8 Prozent.

Die **Preisentwicklung** in Deutschland war im Jahr 2007 gekennzeichnet durch einen Anstieg der Verbraucherpreise um jahresdurchschnittlich + 2,2 Prozent. Gegen En-

de des Jahres durchbrach die Preissteigerung sogar die Drei-Prozent-Marke. Für diese Beschleunigung der Preisentwicklung im Jahr 2007 auf die höchste Jahresteuerrate seit 1994 waren neben der Erhöhung der Mehrwertsteuer vor allem die Energiepreise und die Preise für Nahrungsmittel verantwortlich.

Auf dem **Arbeitsmarkt** hat der Aufschwung seine bislang größte Erfolgsgeschichte geschrieben. Der bereits 2006 in Gang gekommene Beschäftigungsaufbau gewann 2007 sogar deutlich an Dynamik. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote sank dadurch um – 1,8 Prozent-Punkte auf 9,0 Prozent. Baden-Württemberg wies, wie in den vergangenen Jahren auch, die günstigste Situation auf dem Arbeitsmarkt auf mit einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von 4,9 Prozent (Vorjahr 6,3 Prozent). In etlichen Landesteilen können wir gar wieder von Vollbeschäftigung sprechen, so Präsident Schneider. Besonders bemerkenswert sei die Tatsache, ergänzte Präsident Schneider, dass in Deutschland erstmals seit langem wieder mehr Arbeitsplätze in einem Aufschwung geschaffen wurden als zuvor im Abschwung verloren gingen.

Bundesweit verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen um – 711 Tausend auf 3,776 Millionen. Im Gegenzug erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt um + 1,7 Prozent oder fast 650 Tausend auf nahezu 40 Millionen Personen. Damit waren in Deutschland so viele Menschen wie noch nie zuvor erwerbstätig. Präsident Schneider: „Vom Aufschwung profitieren immer mehr Menschen. Besonders ermutigend ist, dass auch die Arbeitslosen zu den Gewinnern des Aufschwungs gehören.“

Vom starken Wachstum profitierten im vergangenen Jahr auch im erheblichen Maße die öffentlichen Haushalte. Die hervorragende Wirtschaftsentwicklung stärkte ihre Einnahmehasis und wirkte gleichzeitig bremsend auf die Ausgabenentwicklung. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes konnten Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen zusammen sogar eine schwarze Null schreiben. Der **gesamtstaatliche Finanzierungssaldo** war damit im vergangenen Jahr ausgeglichen.

Der Bund allein hat dieses Ziel noch nicht erreicht. Als besonders erfreulich wertete Präsident Schneider die im Durchschnitt gute Entwicklung der Gemeindefinanzen, die wieder mehr Luft böten für Investitionen.

Perspektiven für 2008

Die Risiken für das Wirtschaftswachstum in Deutschland sind 2008 deutlich gewachsen. Die meisten Prognosen rechnen daher mit einer Verlangsamung des Wachstums in Deutschland auf 1,5 bis 2,0 Prozent, das vor allem von der Binnenwirtschaft und dort diesmal vom privaten Konsum getragen wird. Der Aufschwung scheint damit 2008 zwar robust genug zu sein, um gewisse Risiken und Rückschläge abfedern zu können. Aber Entwarnung für das Wachstum in Deutschland kann nicht gegeben werden angesichts einer Abschwächung der Weltwirtschaft, gestiegener Energiepreise und einer möglichen Rezession in den USA durch die dortige Subprimekrise.

Präsident Schneider erwartet zwar kein rasches Ende der durch die US-Subprimkrise weltweit ausgelösten Turbulenzen an den Finanzmärkten. Direkte Auswirkungen der US-Subprimekrise auf das Wachstum und die Wirtschaft in Deutschland seien jedoch eher unwahrscheinlich. Selbst wenn auf die deutsche Kreditwirtschaft noch höhere Belastungen aus den weltweiten Turbulenzen an den Finanzmärkten zukämen als bislang würde das vermutlich keine größeren Bremsspuren beim Konsum- und Investitionsverhalten der Verbraucher und Unternehmen in Deutschland hinterlassen. Zumal, so Präsident Schneider, „es in Deutschland mit seinem bewährten dreigliedrigen Bankensystem auch keinen Grund und keine Anzeichen gibt für eine Verknappung der Kreditvergabe. Gerade die Sparkassen haben sich in der Finanzmarktkrise als ein Hort der Stabilität erwiesen. Die Sparkassen stehen daher auch parat und sind jederzeit in der Lage, die Wirtschaft und insbesondere den Mittelstand mit ausreichend Krediten zu versorgen.“

Angesichts der deutlich gewachsenen Risiken für den Aufschwung warnte Präsident Schneider eindringlich davor, in

Deutschland wirtschaftspolitisch den Rückwärtsgang einzulegen. Präsident Schneider: „Das Zurückdrehen erfolgreicher Reformen, die Ausweitung von Mindestlöhne und neue politische Verteilungsdiskussionen sind Gift für den Aufschwung und unser Wirtschaftswachstum. Wir gefährden damit unsere großen Erfolge der letzten beiden Jahre auf dem Arbeitsmarkt und stellen eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Frage.“

Diese Pressemitteilung sowie weitere Informationen zum Sparkassenverband und zur Sparkassen-Finanzgruppe Baden-Württemberg stehen auf unserer Homepage <http://www.sv-bw.de> zum Download zur Verfügung.